

1 Antrag auf Arbeitsaufnahme

Ein Flüchtling aus **Liberia**, er ist 20 Jahre alt und hatte bereits eine Arbeitserlaubnis. Diese wurde ihm nach 6 Monaten Praktikum in einer Tischlerei entzogen. Dort wollte er aber auch seine Lehre machen, die Tischlerei hielt ihm den Platz frei. Aber ohne Arbeitserlaubnis kann auch keine Lehre begonnen werden.. Erst nach dem Antrag des RA wurde positiv entschieden. Nun kann er mit einer Lehre beginnen. Die Arbeitserlaubnis gilt aber nur für die Lehrstelle. Da diese Lehrstelle (wir können sie im Moment nicht benennen, da die Probleme sehr groß sind) wie viele andere Berufsvorbereitungsmaßnahmen und überbetriebliche Bildungseinrichtungen geschlossen werden sollen, geht es nun darum, ihm erneut sein Recht auf Ausbildung zu sichern.

2 Berufungsklage

Eine Frau aus dem **Kongo** stellte einen Asylantrag, der abgelehnt wurde. Es gab eine mündliche Anhörung beim OVG (Oberverwaltungsgericht) zusammen mit dem Rechtsanwalt – Es erfolgte ebenfalls eine Ablehnung. Nun geht der Rechtsanwalt in Berufungsklage.

3 Antrag auf Feststellung von Abschiebehindernissen gem. § 53 AuslG – dann Widerspruch beim Sozialamt

Eine Frau aus **Ecuador** , die HIV positiv ist, kämpft um eine Kostenübernahme für eine Handoperation ihres 2 jährigen kranken Sohnes. Er hat eine stark missgebildete Hand, die nur in dem jetzigen Wachstumsstadium operiert werden könnte. Obwohl das Sozialamt dem Gutachten Recht gab, lehnten sie die Übernahme der Kosten ab, da es sich im vorliegenden Fall um eine chronische und nicht um eine akute Krankheit handelt. D. h. wissentlich, dass eine OP nur in jungem Alter Sinn macht, wurde die OP verweigert. Für sie selbst wurde ein Antrag auf Feststellung von Abschiebehindernissen nach § 53 AuslG gestellt. Das Verfahren soll bis zur Klage gehen.

4 Passbeschaffung im Rahmen des Asylverfahrens

Ein 22 jähriger Flüchtling aus **Guinea** reiste mit „ falschen“ Papieren ein, ist psychisch sehr labil und lebt hier mit einer deutschen Frau und der gemeinsamen Tochter. RA musste mit zur Botschaft, da der Flüchtling bei seinem ersten Vorsprechen bei der Botschaft psychisch ausgerastet ist. Er riskiert zwar mit den echten Papieren eine Abschiebung, aber über das neue Kindschaftsrecht ist es vielleicht möglich, einen Aufenthalt zu bewirken, um dafür zu sorgen, dass die Familie zusammen bleiben kann und der Tochter nicht ihr Vater entzogen wird.

5 Antrag auf Befugnis

Eine Frau aus **Cote d'ivoire** (Elfenbeinküste) ist Opfer von Zwangsverheiratung und Frauenhandel im Herkunftsland. Bei einer Abschiebung droht weiterhin frauenspezifische Verfolgung.

6 Verfahren beim Verwaltungsgericht

Ein Flüchtling aus **Togo** reiste 2000 in die BRD ein. Er wurde 2001 nach abgelehntem Asylantrag abgeschoben. Er reiste erneut ein und stellte einen Asyl - Folgeantrag. Das VG Hamburg (Verwaltungsgericht) hat die Voraussetzungen nach § 51 (kleines Asyl) anerkannt. Der Bundesbeauftragter für Asyl hat dagegen Berufung eingelegt. Der RA konnte durch unsere Unterstützung den Fall fortsetzen.

7 Asyl Folgeantrag

Eine Frau aus **Mauretanien** ist Mutter von einem 2 jährigem Kind und im 3. Monat schwanger. Neue Erkenntnisse über Mauretanien und die dadurch beweisbaren Fluchtgründe werden von der Rechtsanwältin neu zusammengestellt, um Beweise für die Gründe eines Folgeantrag einbringen zu können.

8 VG und OVG Abschiebeschutzklage

Es handelt sich um eine Frau aus **Niger** mit einer Tochter (die Geburt eines 2. Kindes steht bevor), die im Falle der Abschiebung in ihrem Land die Beschneidung ihrer Tochter zu befürchten hat